

Brüssel, 13. Oktober 2023

---

## Deutsche Industrie- und Handelskammer

---

### Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für das CO<sub>2</sub>-Management in der Industrie

*Mitteilung zu einer EU-Strategie für die Schaffung eines Binnenmarkts für CO<sub>2</sub>-Transport- und -Speicherdienste bis 2030, Generaldirektion Energie*

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o. g. Entwurf. Grundlage dieser Stellungnahme sind die der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKS sowie die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen, das Positionspapier zum Aufbau neuer Infrastrukturen für die Energiewende sowie das Positionspapier zur Energieversorgung 2030 der DIHK. Sollten der DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird die DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.

#### A. Das Wichtigste in Kürze

- Die DIHK unterstützt das Ziel der Treibhausgasneutralität in der EU bis 2050 und Deutschland bis 2045. Trotz aller Anstrengungen in den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, wird CO<sub>2</sub> z. B. nicht in allen Produktionsprozessen vollständig vermieden werden können. Hierfür braucht es Technologien für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub><sup>1</sup>, nur so kann die Klimaneutralität auch erreicht werden.
- Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung können auch für Betriebe ohne schwer vermeidbare Emissionen eine Möglichkeit darstellen, klimaneutral zu werden. Schließlich werden erneuerbare Energien und Wasserstoff erst längerfristig sicher und in ausreichendem Maße zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Diese Technologien können daher Betrieben helfen, Emissionen zu senken, bis Alternativen flächendeckend verfügbar sind.
- Ein harmonisierter und europaweiter Aufbau der CO<sub>2</sub>-Transport- und -Speicherinfrastruktur ist von zentraler Bedeutung für gleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Unternehmen. Durch die Berücksichtigung von regionalen Bedarfsermittlungen kann eine bedarfsgerechte Infrastruktur geschaffen werden - auch für den energieintensiven Mittelstand. Gleichzeitig sollten beschleunigte Genehmigungsverfahren gewährleisten, dass die Umsetzung zügig erfolgt, um die Klimaziele zu erreichen.
- Neben Pipelines sollten auch alternative Transportmöglichkeiten wie Lkw, Schiene und Binnenschifffahrt berücksichtigt werden. Diese Vielfalt ermöglicht eine flexiblere Anpassung an unterschiedliche Gegebenheiten und erleichtert die Anbindung von Standorten, für die sich der

---

<sup>1</sup> CC(U)S, DAC(C)S, BECC(U)S

- Aufbau einer leitungsgebundenen Infrastruktur nicht rechnet. Die Diversifizierung der Transportmöglichkeiten steigert die Effizienz und Resilienz des Systems.
- Einheitliche europäische Standards gewährleisten einen reibungslosen und sicheren Betrieb sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU. Ein konsistenter Rahmen verhindert regulatorische Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten und schafft Rechts- und Planungssicherheit für Investoren und Unternehmen.
  - Damit ein europäischer Markt für CO<sub>2</sub> sowie Wertschöpfungsketten entstehen können, bedarf es einer Kombination aus finanziellen Anreizen, technologieoffenen Förderprogrammen, technischer Unterstützung und Kapazitätsaufbau. Darüber hinaus können regionale Industrieinitiativen dazu beitragen, einen funktionierenden CO<sub>2</sub>-Markt aufzubauen; in Deutschland unterstützt hier z. B. die [Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen](#).
  - Die erfolgreiche Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Management Strategie erfordert die Unterstützung und das Verständnis der Öffentlichkeit. Die EU und die Mitgliedstaaten sollten durch aufklärende, faktenbasierte und positive Information das Bewusstsein für die Notwendigkeit des CO<sub>2</sub>-Managements in der Industrie schärfen und die Akzeptanz für entsprechende Maßnahmen erhöhen.

## **B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft**

Die EU und Deutschland wollen bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen deutlich senken - und bis 2050 bzw. 2045 klimaneutral werden. Allerdings ist auch klar, dass diese Ziele nicht allein mit dem massiven Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden können. Viele energieintensive Unternehmen haben nicht die Möglichkeit, ihre Produktionsprozesse durch Elektrifizierung vollständig zu dekarbonisieren. Zudem fehlt ihnen der Zugang zu einer ausreichenden Menge an kohlenstofffreiem oder -armem Wasserstoff.

CO<sub>2</sub>-Entnahmen in diesen Unternehmen werden daher zwingend benötigt, damit diese Unternehmen ihre betrieblichen Klimaschutzziele erreichen können. Dies bestätigt auch der Weltklimabericht des IPCC. Dieser zeigt, dass CO<sub>2</sub> in den meisten relevanten Szenarien nicht in allen Prozessen vollständig vermieden werden kann. Hierzu zählt z. B. die thermische Abfallverwertung. Schließlich werden trotz verstärkter Vermeidung und verstärktem Recycling Reststoffe zur Verbrennung übrigbleiben. Ein weiteres Beispiel ist die Produktion von Kalk, bei der prozessbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen, die sich nicht vermeiden lassen. Hierfür braucht es Lösungen für die Abscheidung, Speicherung und gegebenenfalls Nutzung von CO<sub>2</sub> - nur so kann die Klimaneutralität auch erreicht werden.

Des Weiteren bietet CO<sub>2</sub> als Rohstoff eine vielversprechende Möglichkeit, die Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig innovative Produkte und Wertschöpfungsketten zu entwickeln, z. B. in der chemischen Industrie oder im Baugewerbe. Nicht zuletzt bergen Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung auch die Möglichkeit, zur Versorgungssicherheit beizutragen<sup>2</sup>. Vor allem wenn Wasserstoff, hergestellt aus erneuerbaren Energien, nicht im ausreichenden Maß zur Verfügung steht. Durch die Herstellung von Wasserstoff aus Erdgas mit einer anschließenden Speicherung des dabei entstehenden CO<sub>2</sub>, kann diese Versorgungslücke klimaneutral gefüllt werden. Dies bietet vor allem Planungssicherheit für Unternehmen, die ihre Prozesse auf Wasserstoff ausrichten müssen.

---

<sup>2</sup> [2023\\_DIHK\\_Europapolitische Positionen\\_A4.indd](#)

## C. Allgemeine Einführung

Im März 2023 stellte die Europäische Kommission den Green Deal Industrial Plan vor, der CCUS als eine strategische Net-Zero-Technologie identifiziert. Der Ausbau der CCUS-Produktions- und Infrastrukturkapazitäten gilt als entscheidend, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Konkret schlägt die EU-Kommission dabei ein EU-weites Ziel für eine jährliche CO<sub>2</sub>-Injektionskapazität von 50 Millionen Tonnen bis 2030 vor. Für die Einführung und Integration von Technologien für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> in die EU-Klimapolitik müssen sowohl industriespezifische Herausforderungen als auch Fragen zum Rechtsrahmen bewältigt werden.

Aus Sicht des überwiegenden Teils der Wirtschaft ist die Abscheidung und Einlagerung oder Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCUS) ein zentraler Baustein auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität<sup>3</sup>. Daher sollten geeignete gesetzliche Voraussetzungen für den Aufbau entsprechender Infrastrukturen in Deutschland und der EU sowie für den Ex- und Import von CO<sub>2</sub> geschaffen werden. Erst dadurch erhalten die Unternehmen ausreichend Planungssicherheit für ihren Pfad zur betrieblichen Klimaneutralität. Planungsunsicherheit kennzeichnet derzeit die Energie- und Klimapolitik und ist ein zentraler Faktor, warum viele Industriebetriebe Klimaschutzmaßnahmen zurückstellen und sogar über ihren Verbleib am Standort Deutschland nachdenken.<sup>4</sup>

## D. Details - Besonderer Teil

### 1. Rolle der CO<sub>2</sub>-Entnahme in der Wirtschaft

Deutsche Unternehmen sind wichtige Akteure bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion. Die Einführung von Technologien zur CO<sub>2</sub>-Entnahme und -Speicherung in Unternehmensprozessen kann einen erheblichen Beitrag zur Verringerung der Emissionen und damit zum Klimaschutz leisten. Hier ist es von entscheidender Bedeutung, Anreize für Unternehmen zu schaffen, diese innovativen Technologien in betriebliche Prozesse zu integrieren sowie die notwendige Infrastruktur, um sie in der Praxis tatsächlich nutzbar zu machen.

Zusammen bieten die Weiterverwendung von CO<sub>2</sub> (CCU) und die Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) eine zusätzliche Flexibilität bei der Bekämpfung des Klimawandels, da sie auf verschiedene Industriezweige anwendbar sind. Dies ermöglicht die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sektoren, die mindestens kurz- und mittelfristig nur schwer direkt oder gar nicht dekarbonisierbar sind, wie beispielsweise die Stahl-, Zement- oder Kalkproduktion. Bei der Produktion von Kalk entstehen beispielsweise prozessbedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen, die sich nicht vermeiden lassen. Insgesamt machen diese nichtvermeidbaren Emissionen zwei Drittel der Gesamtemissionen der Kalkindustrie aus<sup>5</sup> und können auch nicht durch den Einsatz von grünem Strom oder Wasserstoff vermieden werden.

Eine Lösung ist das Abscheiden des Kohlendioxids. Das abgeschiedene CO<sub>2</sub> kann später entweder wiederverwendet (CCU) oder gespeichert und deponiert werden (CCS). Durch CCU kann CO<sub>2</sub> in verschiedenen Industrieprozessen als Rohstoff wiederverwendet werden, z. B. in der Herstellung von Kraftstoffen,

---

<sup>3</sup> [DIHK-Perspektiven für die Energieversorgung 2030 in Deutschland](#)

<sup>4</sup> DIHK-Energiewende-Barometer 2023

<sup>5</sup> Dr. Frank Ohnemüller und Philip Nuyken (2022): Kalkindustrie 2050 – Über die klimaneutrale Produktion zur klimapositiven Industrie.

Chemikalien oder Baumaterialien. Dadurch kann ein Beitrag zur Ressourceneffizienz und zur Schaffung neuer Wirtschaftszweige geleistet werden.

Zusätzlich kann auch die Zertifizierung der CO<sub>2</sub>-Entnahme und der Ausgleich im Europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) für Industrien, bei denen die Möglichkeiten zu defossilisierten Prozessen nach aktuellem Stand der Technik und wirtschaftlicher Darstellbarkeit bereits vollständig ausgeschöpft sind, unterstützend bei der Erreichung der Klimaziele wirken.

Gleichzeitig gibt es allerdings noch keinen entwickelten Markt für CO<sub>2</sub> in der EU und in Deutschland und notwendige CO<sub>2</sub>-Infrastruktur ist stark begrenzt. Die Implementierung von Technologien für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> ist daher mit erheblichen Kosten verbunden und zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wirtschaftlich. Es erfordert daher weitere Forschung und Entwicklung, um diese Technologien flächendeckend an wirtschaftlich sinnvollen Stellen für Klimaschutz und Ressourceneffizienz einsetzbar zu machen.

Wichtig ist dabei, dass für Chancengleichheit aller Unternehmen gesorgt wird. Folglich sollten Technologien für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> nicht nur für große Industrieanlagen angewendet, sondern auch dem Mittelstand zugänglich gemacht werden. Denn viele Unternehmen, gerade des energieintensiven Mittelstands, haben nicht die Möglichkeit, ihre Produktionsprozesse zu elektrifizieren und bekommen auch nicht ohne Weiteres Zugang zu alternativen Technologien und Brennstoffen (z. B. Wasserstoff), um ihre Prozesse zu defossilisieren.

Nicht zuletzt herrscht ein großer Informationsbedarf in der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Einsatzes von Technologien für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> für die Erreichung einer klimaneutralen Wirtschaft in noch vorhandenem Zeitrahmen sowie über mögliche Risiken, deren Wahrscheinlichkeit und ihrer Handhabung. Es besteht eine zu geringe Aufklärung über die Sicherheit und Langzeitfolgen von CCS, z. B. bei Leckagen oder Auswirkungen auf das Grundwasser.

Ein Teil der IHK-Organisation betont jedoch auch, dass CCUS kein Verzögerer der Dekarbonisierung sein darf. Anreize zu schaffen, um Produktionsprozesse zu defossilisieren und mit erneuerbaren Energien zu bestreiten, muss nach dieser Meinung weiterhin die oberste Priorität darstellen.

## **2. CO<sub>2</sub>-Infrastruktur**

Ohne einen europäischen Aufbau der CO<sub>2</sub>-Infrastruktur können Speicherung, Transport und Nutzung von ausgestoßenem CO<sub>2</sub> nicht ermöglicht werden. Eine Anwendung dieser Technologien ist damit weder in wirtschaftlich darstellbaren noch aus Klimaschutzsicht notwendigem Maße möglich.

Um den Infrastrukturausbau zu gewährleisten, ist in einem ersten Schritt die Schaffung eines entsprechenden Rechtsrahmens erforderlich. Die Bereitstellung von Infrastrukturen und damit auch deren Finanzierung fällt grundsätzlich in die Verantwortung der privaten oder öffentlichen Betreiber. Denkbar wäre ein Modell zur Finanzierung neuer Infrastrukturen, in dem die Nationalstaaten die Rolle der Absicherung in der Aufbauphase und während des Markthochlaufs dieser neuen Technologien übernehmen. Dies könnte die Amortisation der Leitungen absichern für den Fall, dass Nachfrage und Angebot für CO<sub>2</sub>-Anwendungen sich verzögern oder anfänglich nicht in Balance sind und so die Rentabilität gefährdet ist.

Ein rascher Ausbau der Infrastruktur setzt die Beteiligung aller betroffenen Wirtschaftsakteure voraus. Andernfalls besteht das Risiko, dass sich nur wenige Unternehmen an diese Infrastruktur anschließen oder nicht investieren. Das ist insbesondere in der Startphase kritisch, wenn die Finanzierung ganzer Netze von noch wenigen Nutzern abhängt.

Daher ist es wichtig, auch dem Mittelstand den Zugang zur europäischen Förderung im Rahmen der IPCEI (*Important Projects of Common European Interest*) für die Entwicklung eines grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Netzes zu ermöglichen. Derzeit ist der deutsche Mittelstand aufgrund der Schwerfälligkeit des Beteiligungsverfahrens nicht oder nur unzureichend in den IPCEIs vertreten. Damit der Aufbau der CO<sub>2</sub>-Infrastruktur bedarfsorientiert erfolgt, sollten auch frühzeitig Bedarfsermittlungen durchgeführt werden.

Des Weiteren ist eine multimodale Infrastruktur gefragt: Neben Pipelines sollten auch Lkw, die Schiene und die Binnenschifffahrt berücksichtigt werden. Zudem sind schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren eine Grundvoraussetzung, damit eine CO<sub>2</sub>-Infrastruktur bereits bis Ende 2030 etabliert ist.

### **3. Regulierungsbedarf für CO<sub>2</sub>-Transport und -Speicherinfrastruktur**

Die Etablierung neuer CO<sub>2</sub>-Transport- und Speicherinfrastruktur erfordert einen klaren und transparenten Regulierungsrahmen. Die angestrebte Carbon-Management-Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sollte zügig vorangetrieben werden und regulatorische Rahmenbedingungen für CCUS neu definiert werden.

Wichtig dabei ist es, einheitliche europäische Standards zu entwickeln, um einen reibungslosen und sicheren Betrieb zu gewährleisten sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU zu schaffen. Ein einheitlicher Rahmen verhindert eine regulatorische Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten und schafft Rechtssicherheit für Unternehmen.

Infrastrukturprojekte im Bereich CO<sub>2</sub>-Transport und -Speicherung erfordern oft langfristige Planung und Investition. Regulierungen sollten darauf abzielen, Planungssicherheit zu gewährleisten, um das Vertrauen der Investoren zu stärken. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, um Investitionen nicht zu behindern und auch die Beteiligung von KMU zu ermöglichen. In Deutschland ist es bisher nicht möglich, neue Speicher zu genehmigen. Lediglich Projekte zur Erforschung, Erprobung und Demonstration in geringem Ausmaß sind erlaubt und im Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) geregelt. Zudem können Bundesländer durch eine Länderklausel CCS verbieten<sup>6</sup>. So wird in Deutschland wenig von dieser Regelung Gebrauch gemacht, da bürokratischer Aufwand und Rechtsunsicherheiten zu groß sind.

### **4. Maßnahmen zur Erleichterung der Umsetzung, Innovation und Forschung**

---

<sup>6</sup> Bisher verbieten Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein CCS.

Das CO<sub>2</sub>-Management in der EU ist ein sich im Entstehen befindender Markt, der noch vor zahlreichen Herausforderungen steht, wie beispielsweise noch begrenztes Angebot und Nachfrage sowie hoher Bedarf an Kapitalinvestitionen.

Damit ein europäischer CO<sub>2</sub>-Markt sowie Wertschöpfungsketten entstehen können, bedarf es einer Kombination aus finanziellen Anreizen, Förderprogrammen, technischer Unterstützung und Kapazitätsaufbau. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sollten Innovationen im Bereich Klimaschutz vor allem durch technologieoffene Fördermaßnahmen angestoßen werden. CO<sub>2</sub>-Anwendungen sollten daher flächendeckend in bestehenden Förderstrukturen abgedeckt sein bzw. durch neue spezifische Förderangebote aufgegriffen werden.

Darüber hinaus können regionale Industrieinitiativen dazu beitragen, einen funktionierenden CO<sub>2</sub>-Markt aufzubauen. Diese Zusammenschlüsse haben sich in der Vergangenheit bereits beim Hochlauf innovativer Technologien z. B. im Bereich Wasserstoff bewährt und kommen derzeit flächendeckend zum Einsatz. Sie können aus Industrieunternehmen und/oder weiteren Stakeholdern, wie beispielsweise der Landespolitik, Kammern, Gewerkschaften und Hochschulen, bestehen. Die Akteure entwickeln gemeinsame Strategien angesichts der jeweiligen regionalen Herausforderungen und greifen dabei aus ihrer regionalen Perspektive auch weitere Zukunftsthemen, wie etwa den Strukturwandel oder die Standortentwicklung, auf. Ein Ansprechpartner könnte dafür in Deutschland die Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen<sup>7</sup> sein.

## 5. Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Die erfolgreiche Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Management Strategie erfordert die Unterstützung und das Verständnis der Öffentlichkeit. Die EU und die Mitgliedstaaten sollten mit einer positiven, faktenbasierten Kommunikation das Bewusstsein für die Notwendigkeit des CO<sub>2</sub>-Managements in der Industrie schärfen und die Akzeptanz für entsprechende Maßnahmen erhöhen. So muss sich auch die Bundesregierung uneingeschränkt hinter die CCUS-Technologie stellen. In Deutschland könnte auch hier die Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen unterstützen. Simultan zu der Erarbeitung eines Rechtsrahmens sollte auch eine Folgenabschätzung (impact assessment) erfolgen, die weitere Schritte, die Notwendigkeit für das Erreichen der Klimaziele in gegebenem Zeitrahmen sowie mögliche Risiken mit wissenschaftlichen Zahlen untermauert.

Zudem lohnt sich aus Sicht der Unternehmen ein Blick auf bereits bestehende CCUS-Projekte, um auf Erfahrungswerte zurückzugreifen. In Europa gibt es bereits Anlagen, die die Technologie anwenden und CO<sub>2</sub> speichern. Die größten Anlagen stehen in Norwegen: Seit 1996 speichert Norwegen Kohlendioxid auf dem Gebiet des Sleipner Gasfeldes, pro Jahr ca. 0,85 Millionen Tonnen. Insgesamt sind über 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vor der Küste Norwegens gespeichert. Ebenfalls in Norwegen befindet sich die Anlage Snohvit. Eine Pipeline transportiert das abgeschiedene CO<sub>2</sub> vor die Küste. Seit 2008 wurden so bereits 7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gespeichert<sup>8</sup>. Weitere Projekte, unter anderem in den Niederlanden und in Großbritannien, in unterschiedlichen Stadien befinden sich in der Entwicklung. Auch außerhalb Europas gibt es zahlreiche Beispiele zur Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> wie in den USA und Japan. Des Weiteren kündigten die Vereinigten Staaten im Vorfeld der 28. UN-Klimakonferenz

---

<sup>7</sup> [Regionale Industrieinitiativen | Service- und Beratungsstelle \(regionale-industrieinitiativen.de\)](https://www.regionale-industrieinitiativen.de)

<sup>8</sup> Global CCS Institute: [Facilities - Global CCS Institute \(co2re.co\)](https://www.co2re.co)

(COP) eine "Carbon Management Challenge" an und forderten die Länder auf, CCUS international zu beschleunigen<sup>9</sup>.

#### **E. Ansprechpartner mit Kontaktdaten**

##### **Josephine Möslein**

Referatsleiterin Europäische Energie- und Klimapolitik

19 A-D, Avenue des Arts, B - 1000 Brüssel

Telefon: 0032 2286-1635

E-Mail: moeslein.josephine@dihk.de

#### **F. Beschreibung DIHK**

##### **Wer wir sind:**

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.

Sie ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).

---

<sup>9</sup> [FACT SHEET: President Biden to Catalyze Global Climate Action through the Major Economies Forum on Energy and Climate | The White House](#)